



Aktuell



MP Weil lässt uns im Regen stehen – wir greifen zu den Regenschirmen!

Die MHH-Beschäftigten werden vom Ministerpräsidenten „im Regen stehen gelassen“! Nach über einem Jahr mit Briefwechseln, Gesprächen, einer Kundgebung und Mahnwachen ist von ihm keine aktive Unterstützung unserer berechtigten Forderungen erkennbar. Deshalb greifen wir jetzt symbolisch zu unseren Regenschirmen!

Derart gewappnet werden wir in einem Protestzug zum Ausdruck bringen, dass wir unsere Anliegen zukünftig auch an die Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag adressieren.

Der Personalrat ruft zur Beteiligung an diesem Protestzug von der Niedersächsischen Staatskanzlei zum Niedersächsischen Landtag auf:

Am Donnerstag, 15.04.2021

ab 14:00 Uhr Versammlung vor der Staatskanzlei, Planckstr. 2
14:30 Uhr Kundgebung mit anschließendem Protestzug zum Landtag.
Bitte bringt einen Regenschirm mit! Arbeitskleidung wäre super!
Bitte denkt auch an Eure Masken und die Abstandsregeln!

Geschichte der Aktion „Staatskanzlei“ in Bildern vom 9. März 2020 bis 25. März 2021



Während einer Protestaktion am 9. März 2020 gegen die Entlassung von Dr. Andreas Tecklenburg vereinbaren MP Weil und der Personalrat, dass die Interessenvertretung Themen benennt, bei denen das Land die MHH unterstützen kann.



Am 7. April 2020 gehen die Handlungsaufforderungen des Personalrats an MP Weil.





Über 200 MHH-Beschäftigte unterstützen am 16. Juli 2020 die Handlungsanforderungen des Personalrats vor der Staatskanzlei.



Am 28. September 2020 - nach 174 Tagen! – antwortet MP Weil dem Personalrat.



Seit dem 27. August 2020 halten Mitglieder des Personalrats und andere Beschäftigte jede Woche am Donnerstagnachmittag eine Mahnwache vor der Staatskanzlei ab.

In dieser Sonderausgabe geht es um den Austausch zwischen dem Ministerpräsidenten (MP) und dem Personalrat (PR) und um die Frage „Was kann das Land für die MHH tun?“ - eine Aufstellung der dringendsten Probleme aus Sicht der Beschäftigten, die sich der MP im März 2020 in einem Gespräch vom PR gewünscht hatte.

Der MP nennt es einen Dialog mit dem Personalrat. Der Personalrat wünscht sich einen Dialog, der zielgerichtet und erfolgreich ist. Tatsache ist: Er währt seit einem Jahr und bleibt ohne Erfolg.

Erstmals lehnte der MP die Forderungen aus der MHH in einem Antwortschreiben im September 2020 ab. Darauf gab der Personalrat nicht nach und äußerte den Wunsch nach einem Gespräch, um nochmals einige Punkte zu erläutern.

Der MP ging auf diesen Wunsch ein - am 21.10.20 fand ein weiterer Austausch zwischen dem MP und dem PR statt. Bei diesem Termin wurden Themen priorisiert, die aus Sicht des Personalrats ohne großen finanziellen Aufwand zeitnah umsetzbar wären:

- Eine Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen zur besseren Finanzierung der Unikliniken.
- Die Rücknahme eines Erlasses, der verhindert, dass die MHH frei entscheiden kann, wem sie zum Halten von Fachpersonal eine Stufenvorweggewährung geben kann. Gerade für Pflegefachpersonen wäre dies ein Nullsummenspiel, da diese Stellen durch die Krankenkassen refinanziert werden. Der Tarifvertrag zeigt die Möglichkeit auf; der Erlass verbietet die Anwendung.
- Eine außerordentliche Gewährung von Zulagen für Praxisanleiter_innen würde ebenfalls komplett refinanziert durch die Krankenkassen.

Der Personalrat
bei der Med. Hochschule Hannover
25. FEB. 2021
Jul



Stephan Weil Niedersächsischer
Ministerpräsident

Frau Jutta Ulrich
Personalratsvorsitzende
Medizinische Hochschule Hannover
Carl-Neuberg-Straße 1
30625 Hannover

Hannover, 23. Februar 2021

Ihr Schreiben, zuletzt vom 25. Januar 2021

Sehr geehrte Frau Ulrich,

vielen Dank für Ihre zwischenzeitlichen Schreiben, zuletzt vom 25. Januar 2021. Wie ich bereits in meiner letzten Antwort vom 28. September 2020 zum Ausdruck gebracht habe, gibt es in der Landesregierung derzeit einen immensen Arbeitsanfall, so dass sich manche Antworten etwas verzögern. Daran hat sich in der Zwischenzeit leider nichts geändert. Ich bitte hierfür um Ihr Verständnis.

Die von Ihnen geschilderten Probleme sind mir, wie Sie wissen, bekannt und ich nehme sie ernst. Das gilt übrigens auch für das Engagement des Betriebsrates, für das ich mich herzlich bedanke.

Das gilt zum Beispiel auch für Ihren Hinweis, dass die MHH leider nicht von den Sonderleistungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes über den 31. Mai 2020 hinaus profitiert hat und weitere Mittel aus dem Gesundheitsfonds erhalten hat. Ich halte diese politische Entscheidung für falsch. Die Bemühungen der Landesregierung, in dieser Hinsicht zu einer Änderung zu gelangen, sind allerdings leider ohne Erfolg geblieben.

Eine Kompensation solcher Zusatzzahlungen aus den Mitteln des Landeshaushaltes ist uns derzeit nicht möglich. Hierzu verweise ich auf mein eingangs zitiertes Schreiben, in dem ich Ihnen bereits die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf den Landeshaushalt deutlich gemacht habe. An dieser Einschätzung hat sich leider auch in der Zwischenzeit nichts geändert, eher im Gegenteil.

Auch die von Ihnen angesprochenen tarifrechtlichen Fragen waren bereits Gegenstand unserer Gespräche. Eine Zulage nach § 16 Absatz 5 TV-L ist erkennbar personen- und nicht gruppengebunden. Das ist zumindest für die Dauer des jetzt geltenden Tarifvertrages die Grundlage für das Vorgehen in den Krankenhäusern. Das damit verbundene Problem kann ich nachvollziehen und sicher wird die von Ihnen angesprochene Frage Gegenstand der noch in diesem Jahr vorgesehenen nächsten Tarifverhandlungen sein.

Plänckstraße 2
30169 Hannover
Telefon 0511 120-6901/02
Fax 0511 120-6838
E-Mail Stephan.Weil@stl.niedersachsen.de

Hierzu wird sich die Landesregierung zuvor intern noch einmal abstimmen, wie ich in meinem Schreiben vom 28. September 2020 bereits zum Ausdruck gebracht hatte. Bis dahin wird auf der derzeit geltenden Grundlage betriebsintern zu klären sein, welche Spielräume bestehen.

Dasselbe gilt im Kern auch für das Thema der Zulage für Praxisanleiterinnen und -anleiter. Nach dem jetzt geltenden Tarifvertrag ist dafür eine berufspädagogische Zusatzqualifikation notwendig. Ob es dabei bleibt, wird Gegenstand der Verhandlungen über den nächsten Tarifvertrag sein, wobei dies auch entsprechende Themensetzung durch die Gewerkschaften erfordert.

Ich bin sicher, dass wir zu diesen Fragen weiterhin im Austausch bleiben und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Stephan Weil
Stephan Weil

MHH | Personalrat OE 9510 | Carl-Neuberg-Str. 1 | 30625 Hannover

An den Ministerpräsidenten
Stephan Weil
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2
30169 Hannover

Der Personalrat
OE 9510

Bearbeitung: Jutta Ulrich
Telefon: 0511 532-2662
Fax: 0511 532-8661
E-Mail: Ulrich.Jutta@mh-hannover.de

Carl-Neuberg-Straße 1
30625 Hannover
Gebäude K 23 (Haus E), 1. Etage, Zimmer 2
www.mh-hannover.de/personalrat.html

„Was kann das Land für die MHH tun?“

Ihr Zeichen: Ihre Nachricht vom: Mein Zeichen: 9510 /

25. März 2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. Februar 2021 sowie für die bisherigen Gespräche und den damit verbundenen Austausch.

Das Gremium wird die Beschäftigten darüber informieren, dass Sie die Entscheidung für falsch halten, dass die MHH keine Bundesmittel zur Auszahlung von „Corona-Prämien“ erhält. Gleichsam wird auch Ihre abschließende Absage einer Sonderzahlung aus Landesmitteln MHH-intern veröffentlicht.

Da sich der Personalrat ausschließlich aus gewerkschaftlich aktiven Mitgliedern zusammensetzt, ist dem Gremium bekannt, welche Inhalte dem gewerkschaftlichen und tariflichen Handlungsfeld zuzuordnen sind. Das Interventionsanliegen bzgl. der Zulagen gemäß § 16 TV-L bezog sich auf den dazugehörigen Erlass¹, dessen Rücknahme auf Landesebene möglich wäre. Auch bezüglich des Themas Praxisanleitung ging es darum, die Gestaltungsspielräume zu nutzen, die der Tarifvertrag jetzt schon bietet.

Nicht nur zu diesen Themen wäre eine Öffnung des Dialogs in Richtung MWK und MF wünschenswert. Auch andere Punkte der Übersicht „Was kann das Land für die MHH tun?“ sind ressortübergreifend. Wesentliche Aspekte werden jedoch in Ihrem Schreiben nicht mehr thematisiert. Es bezieht sich lediglich auf Themen, zu denen wir in Ergänzung unseres letzten persönlichen Gesprächs Daten nachgeliefert haben. Offen bleibt die Frage, welche Vorstellungen zu den übrigen Inhalten unseres Austausches bestehen - unter anderem zur Bundesratsinitiative für eine bessere Finanzierung der Unikliniken.

Unser Dialog „Was kann das Land für die MHH tun?“ läuft mittlerweile seit einem Jahr. Die Handlungsaufforderungen generierten sich aus dem Gespräch am 9. März 2020, in dem Sie danach gefragt hatten, was das Land für die MHH tun kann. Dazu hatten wir gemeinsam die Erstellung einer Auflistung vereinbart. Dies hat das Gremium erfüllt. Durch Ihre Fragestellung wurden Hoffnungen geweckt, dass tatsächliche Handlungsbereitschaft zur Verbesserung der Situation an der MHH vorhanden ist.

¹ „zu § 16 des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) - Zustimmungsvorbehalte des MF und Tarifauflegung“ vom 22. Mai 2008

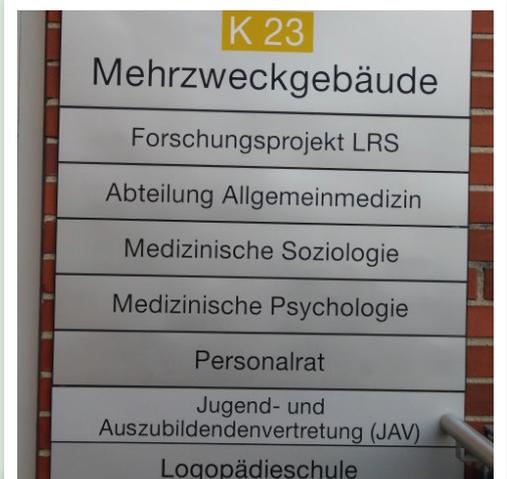
Diese Hoffnungen schmälerten sich bereits durch die Erfahrungen im Verlauf des vergangenen Jahres. Wie mehrfach erwähnt, sind dem Personalrat die zwischenzeitlich aufgetretenen pandemiebedingten Herausforderungen bewusst. Aber nach einem Jahr Dialog stellt das Gremium spätestens seit dem Eingang Ihres letzten Briefes das Vorhandensein von direkter Handlungsbereitschaft Ihrerseits in Frage. Grundsätzlich bleibt der Personalrat an einer Fortführung des Dialogs interessiert, sofern Sie konkrete Vorstellungen oder Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der MHH erörtern möchten.

Mit freundlichen Grüßen

J. Ulrich
Jutta Ulrich
Personalratsvorsitzende



Am 21. Oktober 2020 werden in einem Gespräch zwischen MP Weil und Vertreter_innen des Personalrats Themen priorisiert.



Nachdem der Personalrat im November aktuelle Zahlen und Fakten geliefert hat, schreibt er am 4. Dezember 2020 und am 25. Januar 2021 abermals an MP Weil und fordert konkrete Unterstützung für die MHH ein.



MP Weil antwortet dem Personalrat am 23. Februar 2021

- Die geänderte zahnärztliche Approbationsordnung fußt auf einem Gesetzesbeschluss. Solchen Gesetzesänderungen muss aus Sicht des Personalrats auch die Finanzierung durch den Gesetzgeber, z.B. für darin vorgeschriebene Personalaufstockungen, folgen.

Trotz schriftlicher Ergänzung (Brief des Personalrats aus Dezember 2020) um konkrete MHH-bezogene Daten erfolgte auch hierauf lange keine Reaktion aus der Staatskanzlei. Derartige Erfahrungen minimierten bereits die Hoffnungen auf Handlungsbereitschaft, die durch die Fragestellung des Ministerpräsidenten mal geweckt worden waren.

Die zuletzt formulierten Forderungen beantwortete der MP in seinem Schreiben vom 23. Februar abschlägig.

Der Personalrat zeigt sich tief enttäuscht und machte dies gegenüber dem MP in seinem neuesten Schreiben deutlich. Dieses Schreiben wurde am 25.03.21 an die Staatskanzlei von allen Personalratsmitgliedern überreicht. Auch wenn Herr Weil möglicherweise nicht mehr an einem weiteren Dialog mit den Vertreter_innen der Beschäftigten der MHH interessiert ist, wird der Personalrat diese Tür nicht zuschlagen, vorausgesetzt dass der MP seine Haltung grundlegend ändern will.

Gleichzeitig brauchen der Personalrat und die MHH jetzt die Unterstützung der Beschäftigten – von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, um die Öffentlichkeit auf die berechtigten Forderungen aufmerksam zu machen! Aufgeben gibt es nicht!



Jutta Ulrich und Nils Hoffmann übergeben den Brief für MP Weil



MHH-Personalratsmitglieder vor der Staatskanzlei

Personalrat übergibt Antwort an **MP Weil** am **25.3.21**

Knapp 20 Personalratsmitglieder machten sich am Nachmittag des 25. März 2021 auf den Weg zur Niedersächsischen Staatskanzlei, um das Antwortschreiben des Gremiums an MP Weil zu überbringen. Regierungssprecherin Anke Pörksen nahm den Brief für den Ministerpräsidenten in Empfang. Die Personalratsvorsitzende Jutta Ulrich erläuterte bei der Übergabe noch einmal das einjährige Bemühen des Personalrats, den

Ministerpräsidenten für eine aktive Unterstützung der Belange der MHH und ihrer Beschäftigten zu gewinnen. Frau Pörksen zeigt zwar Verständnis für die Anliegen, wollte jedoch auch keine konkreten Zusagen geben. Im

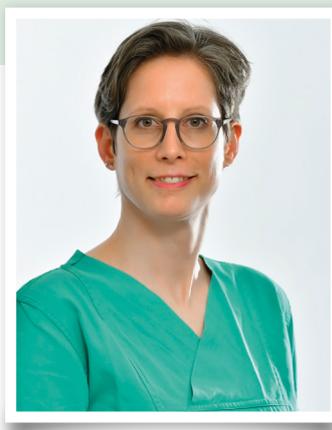
Gegenteil: Sie teilte mit, dass die von MP Weil in Aussicht gestellte Bundesratsinitiative zur besseren Finanzierung der Universitätskliniken nicht stattfinden wird.

Gegenteil: Sie teilte mit, dass die von MP Weil in Aussicht gestellte Bundesratsinitiative zur besseren Finanzierung der Universitätskliniken nicht stattfinden wird.



Joe Onur, PR-Mitglied:

„Das Schreiben des Ministerpräsidenten habe ich für die Beschäftigten als große Enttäuschung empfunden. Vom obersten Dienstherrn der MHH erwarte ich deutlich mehr Wertschätzung und nicht nur wohlthuende Worte für die Kolleginnen und Kollegen, welche tagtäglich in unterschiedlichsten Bereichen ihr Bestes geben.“



Dr. Christina Quandt, PR-Mitglied:

„Es führt zu Frustration und Politikverdrossenheit, wenn der oberste Dienstherr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich und nachts und am Wochenende teils hochkomplexe Fälle versorgen, derartig im Regen stehen lässt. Wir haben konkrete, einfach umzusetzende Forderungen gestellt, die vergleichbar wenig Kosten verursachen und werden jetzt mit leeren Worten abgespeist. Offenbar fühlt sich Herr Weil nicht zuständig- verwunderlich als Ministerpräsident.“



Jasmin Baß, PR-Mitglied:

„Abermals hat uns Herr Weil die Hoffnung gegeben sich unserer Probleme und den daraus entstehenden Forderungen anzunehmen. Wieder wurden wir enttäuscht. Persönlich bedauere ich das Schreiben unseres Ministerpräsidenten sehr, doch mit dieser Antwort lasse ich mich nicht trösten. Wir müssen zusammenhalten und dieser Politik den Kampf ansagen!

Wenn der Plan nicht funktioniert, dann ändern wir den Plan, aber nicht das Ziel!“



Die Sprechzeiten des Personalrats

Montag, Dienstag und Freitag: 09:00 - 11:30 Uhr
Montag - Mittwoch, Freitag: 13:00 - 16:00 Uhr

Termine außerhalb der o.g. Zeiten sind nach Vereinbarung möglich. Eine vorherige telefonische Terminabsprache ist in jedem Fall zweckmäßig. Telefon im Sekretariat: 532-2661. Sie finden uns im Haus E (Gebäude K 23) in der 1. Etage

